



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE

**Mehr Wirtschaft wagen!**

**Mehr Freiheit leben!**

Erwartungen der hessischen Wirtschaft  
zur Bundestagswahl 2017

**- Bereich  
Umwelt und Klima -**

Frankfurt am Main  
Stand: 5. Juli 2017

# Im besseren Einklang mit der Wirtschaft

## Wirtschaftliche Belange gegenüber Umwelt und Natur stärker gewichten

Die deutsche Wirtschaft ist beispielgebend für umweltverträgliche Produktion und Produkte. Beträchtliche Fortschritte wurden erzielt – in Betrieben und Umweltpolitik. Gleichwohl bleibt die Industrie im Fokus ambitionierter Umweltpolitik, obwohl sie nicht mehr führender Verursacher jeglicher Umweltbeeinträchtigung ist. Die Politik sollte einen gesellschaftlichen Dialog anstoßen, wie sich im besten Sinne der Nachhaltigkeit und mit Augenmaß anspruchsvolle und verlässliche Umweltziele mit Wirtschaftswachstum und Wohlstand verbinden lassen. In dieser Abwägung sollten Belange der Wirtschaft stärker als bisher gegenüber Umwelt-, Natur- und Artenschutz gewichtet werden. Insbesondere sollte mehr Raum für industrielle Aktivitäten gelassen werden. Und es sollte die Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes im Umwelt-, Natur- und Artenschutz deutlich verbessert werden.

## Genehmigungsverfahren: Rational gestalten, Planungssicherheit erhöhen

Anlagegenehmigungen dauern oft zu lange. Der Wirtschaftsstandort sollte gestärkt werden, indem Rahmenbedingungen verlässlicher und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Klagerechte sollten interessengerecht begrenzt werden. Der Artenschutz sollte in Genehmigungsverfahren rational umgesetzt werden: Das Einfangen geschützter Arten zur Umsiedelung sollte ermöglicht werden. Kompensations- und Ausgleichmaßnahmen sind zu bündeln und flächenschonend, unter Beachtung agrarstruktureller Belange, umzusetzen.

## REACH-Verordnung erhalten und Mittelstand unterstützen

Die REACH-Verordnung sollte unverändert bleiben. Kleine und mittlere Unternehmen sollten bei der REACH-Registrierung besser unterstützt und der REACH-Zulassungsprozess vereinfacht werden.

## Rohstoffversorgung sichern

Die Bundespolitik muss mit verlässlichen Rahmenbedingungen eine sichere Rohstoffsicherung ermöglichen, denn Rohstoffe stehen am Anfang jeder Wertschöpfungskette von Gütern. Dies gilt in besonderem Maße auch für die mineralischen Rohstoffe, deren heimische Gewinnung zu erhalten ist.

## Nationale Umsetzung von EU-Vorgaben: Wettbewerbsfähigkeit beachten

Nationale Sonderwege im Umweltrecht müssen unterbleiben. Denn wer die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen verringert, riskiert die Verlagerung von Produktion. Die Umsetzung von EU-Recht muss ohne nationale Verschärfung erfolgen – also 1:1, z.B. bei Emissionsgrenzen für Luftschadstoffe (NERC), mittelgroßen Feuerungsanlagen (MCP) und BVT-Schlussfolgerungen.

## Kreislaufwirtschaft: Wettbewerb statt Privilegien für kommunale Betriebe

Der Rechtsrahmen der Kreislaufwirtschaft muss verbessert werden: Die Unternehmen, insbesondere in Industrie und in Bauwirtschaft, sollen einfacher als bisher ein nachhaltiges und wirtschaftliches Abfallmanagement betreiben können. Produktverantwortung und Wettbewerb sind zu stärken. Privilegien für kommunale Entsorgungsunternehmen müssen zurückgeführt werden. Um die Rohstoffsicherung zu erhöhen, ist die Forschungsförderung zu Recycling von Technologiemetallen auszubauen.

# Klimaschutz geht günstiger

## Klimapolitik nur ökologisch zu rechtfertigen

Die Wirtschaft befürwortet die Verminderung des Ausstoßes von Treibhausgasen mit dem Ziel, eine zu starke Erwärmung des Klimas und ihre negativen Folgen zu verhindern. Diese ökologische Zielsetzung kann massive Eingriffe des Staates, etwa bei Strom, Industrie, Verkehr und Gebäuden, rechtfertigen – ebenso wie die nötige Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel. Nicht akzeptabel sind Begründungen für Interventionen, die nicht ökologisch begründet sind, wie etwa „nationale Autarkie“, „Industriepolitik“, „Förderung einzelner Technologien“, „Vorrang dezentraler Strukturen“ oder „keine Konzerne“. Letztere sind unvereinbar mit freiheitlicher Marktwirtschaft. Klimapolitik muss verhältnismäßig sein und ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichermaßen berücksichtigen. Der Wirtschaft dürfen keine internationalen Wettbewerbsnachteile entstehen.

## Europäische und nationale Ziele und Instrumente aufeinander abstimmen

Der Klimawandel ist nur global zu lösen. Nötig ist ein globales Klimaabkommen, in das alle großen Emittenten einbezogen werden. Die europäische und die deutsche Klimaschutzpolitik benötigt Nachahmer, um eine relevante ökologische Wirkung entfalten zu können. Dazu müssen die Ziele und Instrumente der Klimapolitik der EU und Deutschlands viel besser aufeinander abgestimmt werden. Vorrang hat die EU. Die Kosten der rein nationalen Klimapolitik sind viel zu hoch, und die Instrumente haben teils gar keine ökologische Wirkung. Die deutsche Klimapolitik droht zum abschreckenden Beispiel zu werden und muss reformiert werden.

## EU-Cap-and-Trade-System bei Strom und Industrie wirken lassen

Das seit 2005 bestehende europäische Cap-and-Trade-System ist das einzig funktionierende Klimaschutzinstrument in Stromerzeugung und Industrie: Die Mengengrenzung („Cap“) garantiert die Erreichung der Emissionsminderungen. Die Handelbarkeit der Zertifikate („Trade“) garantiert, dass die Ziele kostengünstiger erreicht werden. Das Cap-and-Trade-System funktioniert unabhängig vom CO<sub>2</sub>-Preis. Preistreibende politische Eingriffe sollten unterbleiben. Die Reform für die 4. Handelsperiode (2021-2030) droht zu steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen und Belastungen der Betriebe zu führen. Allein daher sollte auf zusätzliche nationale Instrumente verzichtet werden. Zumal nationale Regelungen in Sektoren, die vom Cap-and-Trade-System erfasst werden, keine direkten Auswirkungen auf die EU-Treibhausgasbilanz haben. Sie erhöhen nur die Kosten der Klimapolitik, wie etwa das EEG. Die im Klimaschutzplan 2050 des Bundes genannten Sektorziele für Industrie und Strom sind abzulehnen.

## Einführung von CO<sub>2</sub>-Deckeln für die Bereiche Hauswärme und Verkehr

Für die Verbrennung von Benzin, Diesel und Erdgas im Straßenverkehr sowie für Heizöl und Erdgas in Gebäuden sollten zwei, vom bestehenden Cap-and-Trade-System unabhängige, CO<sub>2</sub>-Deckel eingeführt und jährlich abgesenkt werden. Davon betroffen wären weniger als 100 Mineralölgesellschaften, Raffinerien und große Unternehmen in Deutschland, die bisher schon die Mineralölsteuer abführen. Sie würden verpflichtet, ihre Ware entsprechend ihrer Treibhausgasbilanz mit handelbaren CO<sub>2</sub>-Zertifikaten zu hinterlegen. Bestehende Vorschriften, Verteuerungen und Subventionen wie die Energieeinsparverordnung (EnEV), CO<sub>2</sub>-Grenzwerte bei Neuwagen oder ein Nutzungszwang für erneuerbare Wärmeerzeugung wären überflüssig und könnten reduziert bzw. ganz gestrichen werden.